

C. Sachanträge

C.1. Rahmenwahlprogramm der LINKEN. Sachsen zur Kommunalwahl 2024

Einreicher*innen: Landesvorstand

Rahmenwahlprogramm der LINKEN Sachsen zur Kommunalwahl 2024

Redaktioneller Hinweis: Der Landesparteitag beschließt die kommunalpolitischen Aussagen (im Text in Standardschrift) und nimmt die daraus folgenden Forderungen (*im Text in Kursivschrift*) zur Kenntnis.

1 **Präambel**

2

3 Liebe **Bürger*innen**,

4

5 Sachsens Städte und Gemeinden haben sich in den vergangenen Jahren zu anziehenden und
6 lebenswerten Gemeinwesen entwickelt. Dafür hat auch linke Kommunalpolitik einen wichtigen Beitrag
7 geleistet. Dennoch sind die Kommunen keine Inseln der Harmonie: Die Kluft in der wirtschaftlichen,
8 sozialen und kulturellen Lebenssituation zwischen den Menschen hat sich weiter vertieft. Deshalb
9 machen wir die Menschen mit ihren Bedürfnissen und Anliegen, mit ihren Nöten und Sorgen zum
10 Ausgangspunkt unseres kommunalpolitischen Handelns. Den Herausforderungen der
11 Friedenssicherung, des Klimawandels, der sozialen Ungleichheit, der Digitalisierung und weiterer
12 Probleme können wir nur mit den Bürger*innen gemeinsam begegnen.

13

14

15 **1. Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit**

16

17 Städte, Gemeinden und Landkreise sind auf eine funktionierende, vor allem regionale Wirtschaft
18 angewiesen, um attraktive Lebensbedingungen zu schaffen, Menschen Arbeit zu geben und
19 kommunale Steuereinnahmen zu generieren. Aus Sicht der Kommunen ist das existenziell für die
20 Sicherung der Daseinsvorsorge und wesentlich für die Lebensqualität.

21

22 **1.1. Gute Arbeit – gute Löhne, qualifizierte und zukunftsfähige Ausbildung**

23

24 Wir brauchen weiterhin eine lebensfähige Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, die den
25 Prinzipien einer sozialen und solidarischen Wirtschaftspolitik entspricht. Auch durch regionale
26 Wirtschaftskreisläufe werden sozialversicherungspflichtige, tariflich bezahlte, ökologisch
27 unbedenkliche und nachhaltige Arbeitsplätze gesichert und geschaffen. Dabei müssen prekäre
28 Beschäftigungsverhältnisse zu regulären aufgewertet werden.

29

30 ***Daher setzen wir uns ein für eine kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, die:***

31

- *die enge Zusammenarbeit mit benachbarten Kommunen als regionale Aufgabe versteht*

32

- *in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften die Tarifbindung stärkt*

33

- *in Zusammenarbeit mit den Arbeitsagenturen und den Jobcentern genügend qualifizierte Arbeitskräfte bindet*

34

- *die bessere Bezahlung fördert und die Attraktivität der Ausbildung vor allem in Pflege- und Handwerksberufen erhöht*

35

- *spezielle Zielgruppen wie z. B. Langzeitarbeitslose oder Migrant*innen fördert*

36

- *durch eine Förderung dualer Ausbildung für künftige Fachkräfte sorgt*

37

38

- 39 • bei der Vergabe geeigneter Ausbildungsplätze den Zugang für Abgehende aller Schulformen
40 sichert
41 • gemeinsam mit der Landespolitik gezielt die Kapazitäten der Berufsschulzentren ausbaut und
42 zukunftsorientiert weiterentwickelt

43
44

1.2. Wirtschaftliche Entwicklung stabilisieren und für alle nutzen

45
46
47
48
49
50

Gerade angesichts des Fachkräftemangels müssen Städte und Gemeinden vorteilhafte kommunale Rahmenbedingungen schaffen. Große Industrieansiedlungen werden auch künftig die Ausnahme bleiben. Daher wollen wir die wirtschaftliche Zukunft über Gewerbestrukturen stabilisieren. Dabei setzen wir auch auf grenzübergreifende Zusammenarbeit mit den Nachbarregionen in Tschechien und Polen, z. B. in den Bereichen Nah- und Fernverkehr und Bevölkerungsschutz.

51
52

Deshalb setzen wir uns ein für:

53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77

- die interkommunale und regionale Kooperation, auch über Ländergrenzen hinweg
- die Unterstützung und Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen, insbesondere bei ihrer Vernetzung
- kommunale Gründerzentren, die jungen Unternehmen preisgünstig Gewerbeflächen, Räume, Bürodienstleistungen und weitere Infrastruktur anbieten, die neue Kontakte vermitteln
- die Unterstützung von Startups
- die Revitalisierung von Industriebrachen sowie die Erschließung und Bereitstellung von Gewerbeflächen
- Fördermaßnahmen in solchen Branchen, welche die gewachsene Unternehmensstruktur des Ortes bzw. der Region ergänzen und vervollständigen
- zügige und unbürokratische Bearbeitung von Anliegen und Anträgen von Unternehmen und Investoren „aus einer Hand“
- ein Landesvergabegesetz mit dem Ziel der Bindung der Vergaben an soziale und ökologische Mindeststandards wie z. B. Tariflöhne und „gute Arbeit“ und auch zur Vergabe kleiner Lose und zu „freihändigen“ Vergaben
- kommunale Unterstützung bei Umstrukturierungen und Betriebsnachfolgen
- Kooperationsbeziehungen zwischen den regionalen Wirtschaftsunternehmen, den Ausbau der Lieferbeziehungen einschließlich Transport und Logistik, das Halten und Akquirieren von Know-how und Kapital in der Region
- die Überprüfung der bisher praktizierten Netzwerke (Cluster), insbesondere unter dem Aspekt, was sie zur Stärkung lokal und regional verankerter Unternehmen und Betriebe beiträgt
- Kooperationsvereinbarungen in den Clustern Energie und Umwelttechnik, Gesundheitswirtschaft und Medien-, Kultur- und Kreativwirtschaft zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen und ortsansässigen Betrieben, insbesondere kommunaler Unternehmen, auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung

78
79

1.3. Solide kommunale Unternehmen für sichere Daseinsvorsorge und zuverlässige Infrastruktur

80
81
82
83
84
85
86
87
88
89

Daseinsvorsorge darf kein Profitsektor sein. Unternehmen in kommunaler Hand sind deshalb unentbehrlich. Dabei ist kommunale Wirtschaft nicht nur Versorgungswirtschaft von Energie bis Abfall. Sie erbringt einen wesentlichen Beitrag zur Steuerung der kommunalen Entwicklung und zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen. Sie prägen und gestalten durch ihr gesellschaftliches Engagement die Region. Zudem haben kommunale Unternehmen bzw. Betriebe eine große Bedeutung für die Gesundheitsvorsorge, die Mobilitäts- und Energiewende – den Klimaschutz. Daher gehören die Aufgaben der Daseinsvorsorge zu 100 Prozent in öffentliche Hand! Den Verkauf von kommunalem Eigentum zur Deckung von Haushaltslöchern lehnen wir strikt ab.

90
91

Deshalb setzen wir uns ein für:

92
93

- die Durchsetzung einer verantwortungsvollen und dem Gemeinwohl verpflichteten Unternehmensführung (entsprechend dem Deutschen Corporate Governance Kodex)

- 94 • *Kommunale Eigenbetriebe, tariflich verankert und unter direkter Kontrolle der gewählten*
- 95 *Vertreter*innen in den kommunalen Aufsichtsgremien*
- 96 • *die Rekommunalisierung (teil)privatisierter Unternehmen und Einrichtungen, die für die*
- 97 *öffentliche Infrastruktur von Bedeutung sind, von der Wohnungsgesellschaft bis zum*
- 98 *Krankenhaus*
- 99 • *die Rückführung der ausgegliederten und an private ausgeschriebenen Bereiche*
- 100 *innerhalb der öffentlichen Daseinsvorsorge in kommunale Hand*
- 101 • *die Förderung von Genossenschaftsmodellen unter Einbeziehung der Bürger*innen*

102

103 **1.4. Zukunft sichern durch struktursichere Kommunalfinanzen**

104

105 Mittel- und langfristig steigen die Anforderungen an die Kommunalfinanzen durch erhebliche
 106 Investitionsbedarfe u. a. in den Klimaschutz vor Ort (Mobilitäts- und Energiewende). Bei steigenden
 107 Ausgaben durch Preissteigerungen und Einnahmeausfällen müssen die Kommunalfinanzen durch Bund
 108 und Land strukturell gestärkt werden. Nur so sind die erforderlichen Investitionsbedarfe künftig zu
 109 decken.

110 Die Finanzbeziehungen zwischen Freistaat und Kommune müssen sich an den Bedürfnissen der Kom-
 111 munen orientieren und regionale Besonderheiten berücksichtigen. Wir wollen den Handlungsspielraum
 112 der Kommunen gesetzlich durch deutlich mehr Finanzmittel sichern. Dazu soll das derzeitige Kommu-
 113 nale Finanzausgleichsgesetz (FAG) endlich objektiv nach seiner Aufgabenerfüllung und Bedarfsgerech-
 114 tigkeit evaluiert werden. Bei einer sinnvollen Reduzierung und Vereinfachung des bürokratischen Wild-
 115 wuchses in der Förderpolitik kann die kommunale Vernunft vor Ort entscheiden. Das wäre wirkliche
 116 Selbstverwaltung.

117 Was wichtige Investitionen sind, entscheidet sich dann an der Aufgabenerfüllung, nicht an den
 118 Förderprogrammen.

119 Die kommunalen Haushalte müssen einer stärkeren öffentlichen Kontrolle unterliegen. Dazu gehören
 120 auch die ausgegliederten Bestandteile in Form von Eigenbetrieben, Zweckverbänden, privat-rechtlich
 121 organisierten Gesellschaften und andere Sondervermögen.

122

123 ***Deshalb setzen wir uns ein für:***

- 124 • *eine grundlegende Änderung der Förderlandschaft hin zu einer kooperativen Aufgabenerfüllung*
- 125 *mit Regionalbudgets*
- 126 • *eine verlässliche Planung kommunaler Investitionen durch Schaffung personeller und*
- 127 *struktureller Voraussetzungen*
- 128 • *Eigeninvestitionen statt Investorenmodelle (Private Public Partnership), die auf die Dauer teurer*
- 129 *für die Kommune sind*
- 130 • *die Einführung eines dezernats- und amtsübergreifenden Fördermittelmanagements*
- 131 • *die regelmäßige Rechenschaftslegung der Verwaltung über erreichte Ziele und Wirkungen beim*
- 132 *Haushaltsvollzug gegenüber den gewählten Vertreter*innen der Bürgerschaft sowie der*
- 133 *Öffentlichkeit*
- 134 • *die Einführung eines öffentlich nachvollziehbaren kommunalen Haushaltsrechners*

135

136 **2. Für soziale Gerechtigkeit**

137

138 Für DIE LINKE gehört der Kampf um soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben zu den
 139 unverwechselbaren Grundwerten. Die soziale Spaltung der Gesellschaft vertieft sich. Das
 140 Zusammenwirken von Arbeitslosigkeit, Einkommensarmut und Kinderarmut verstetigt sich nun schon
 141 über Generationen. Gerade deshalb brauchen wir eine nachhaltige Sozialpolitik.

142

143 **2.1. Stadtgesellschaft (Gemeindeleben) sozial und gerecht**

144

145 Kommunale Sozialpolitik soll alle Bürger*innen in das Streben nach einer solidarischen und inklusiven
 146 Gesellschaft einbeziehen. Auch wer über ein gutes Einkommen verfügt, sollte an einer sozial gerechten
 147 Umgebung interessiert sein.

148 Die LINKE tritt vor allem für Menschen ein, deren Lage sich in den letzten Jahren nicht oder kaum
 149 verbessert hat. Viele der Betroffenen haben sich zurückgezogen. Wir möchten gerade diese Menschen

150 ermutigen, ihre Resignation zu überwinden, um den Druck für notwendige politische Veränderungen zu
151 erhöhen.

152

153 ***Deshalb setzen wir uns ein für:***

- 154 • *bezahlbare Versorgung (Strom, Gas, Heizung, Wasser usw.) auch für einkommensschwache*
155 *Haushalte*
- 156 • *einen vom Freistaat Sachsen zu finanzierenden gerechten Soziallastenausgleich zwischen den*
157 *Regionen und Kommunen*
- 158 • *eine Anhebung der Grundfinanzierung und automatische Steigerung des Budgets für freie Träger*
159 *im Sozialbereich*
- 160 • *die Sicherung und weitere Ausgestaltung des Leistungsangebotes des Sozialpasses (ggf.*
161 *konkreten Namen einfügen), u.a. dessen Ausweitung auf Menschen im Niedriglohnbereich*
- 162 • *die Dynamisierung der Richtwerte bei den Kosten der Unterkunft (KdU) für Bezieher*innen von*
163 *Bürgergeld oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zur Vermeidung von*
164 *Zwangsumzügen und Sozialgerichtsklagen*
- 165 • *die Nutzung aller sozialen Instrumente, um in Städten eine soziale Durchmischung in allen*
166 *Wohnquartieren und Stadtteilen zu erreichen, u. a. durch die Einführung stadtteilspezifischer*
167 *KdU-Richtwerte*
- 168 • *die Weiterentwicklung des Sozialreports zu einer Sozialberichterstattung mit konkreter*
169 *Handlungs- und Zielperspektive für die Sozialpolitik*
- 170 • *den Ausbau von Straßensozialarbeit für Erwachsene, insbesondere von Obdachlosigkeit*
171 *betroffene oder bedrohte oder suchtkranke Menschen*

172

173 **2.2. Unsere Zukunft – Kinder und Jugendliche**

174

175 Für uns stehen Kinder und Jugendliche im Mittelpunkt unserer kommunalen Arbeit. Sie müssen
176 Rahmenbedingungen vorfinden, die sie stärken und zu selbstbewussten Menschen wachsen lassen.
177 Den Kindern, die aus verschiedensten Gründen mehr auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind, gilt
178 unsere besondere Aufmerksamkeit. Unser Ziel ist dabei die Zurückdrängung und perspektivisch die
179 Beseitigung der Kinderarmut in den Kommunen.

180 Wir brauchen eine niedrigschwellige und unbürokratische Kindergrundsicherung. Frühe Begleitung und
181 Unterstützung von Familien durch gut vernetzte Hilfesysteme, Beratungs-, Förder- und
182 Unterstützungsangebote und inklusiv arbeitende gut ausgestattete Kitas und Schulen sollen der
183 Reproduktion sozialer Ungleichheit entgegenwirken.

184

185 **2.2.1. Eine gute Kitabetreuung für alle Kinder**

186

187 Kitas leisten einen wesentlichen Beitrag zur frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung und zur
188 Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es bleibt deshalb auch künftig vordringliche Aufgabe, weitere
189 Plätze zu schaffen. Gute Bildung braucht bessere personelle Rahmenbedingungen, nur so können für
190 alle Kinder die besten Voraussetzungen geschaffen werden.

191

192 ***Deshalb setzen wir uns ein für:***

- 193 • *wohnortnahe Kitas in jeder Gemeinde*
- 194 • *die Absenkung der Elternbeiträge bis hin zur Abschaffung durch Dynamisierung der*
195 *Landeszuschüsse*
- 196 • *mehr Kindertageseinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten sowie Ausbau der ganztägigen*
197 *Betreuung auf mindestens neun Stunden für alle Kinder*
- 198 • *die Ausweitung der Vor- und Nachbereitungszeiten für Erzieher*innen*
- 199 • *gesunde, vielfältige und preiswerte Ernährung an Kindertageseinrichtungen und Schulen*
- 200 • *einen kostenlosen Zugang für Kinder und Jugendliche zu Bildungs- und Kultureinrichtungen*
- 201 • *kommunale Spielplätze und Freizeitanlagen*
- 202 • *wohnortnahe Freiräume, altersspezifische Spielplätze und Bildungsangebote*

203

204 **2.2.2. Für gute Schule und Bildung**

205

206 In Deutschland hängt der Bildungserfolg wie in kaum einem anderen Staat vom Einkommen und
207 Bildungsstand der Eltern ab. Gute Bildung heißt für uns: Bildung für alle, lebenslang und kostenfrei.
208 Gute Bildung ist unverzichtbar. Die Rahmenbedingungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene
209 müssen deshalb fair, gerecht und durchlässig gestaltet sein. Aus kommunaler Sicht sind
210 Bildungseinrichtungen ein wichtiger Standortfaktor. Kommunen müssen dafür sorgen, dass an ihren
211 Schulen Räumlichkeiten für ein qualitativ hochwertiges Ganztagsangebot, für Sport und
212 Schulsozialarbeiter*innen vorhanden sind. Dafür muss die kommunale Familie selbstbewusst
213 eintreten und mehr Mittel von Bund und Land einfordern. Wir brauchen Schulsozialarbeit an jeder
214 Schule.

215 Eine ausgleichende und förderliche sozialraumorientierte Bildungslandschaft soll regionalen
216 Unterschieden und Ausgrenzungen aktiv entgegenwirken. Dazu muss der Freistaat die Gemeinden,
217 Städte und Landkreise bei der Einführung eines kommunalen Bildungsmanagements unterstützen.

218

219 ***Deshalb setzen wir uns ein für:***

- 220 • *die personelle und materielle Stärkung aller Formen der Kinderbetreuung*
- 221 • *die Beseitigung des Fachkräftemangels in Kitas und Schulen*
- 222 • *die Schaffung weiterer Gemeinschaftsschulen*
- 223 • *Gestaltung der Schulnetzplanung so, dass Kinder aller sozialer Schichten gemeinsam lernen*
224 *können*
- 225 • *Schaffung der Voraussetzungen für Inklusion bei allen bildungspolitischen Maßnahmen*
- 226 • *Ausbau der Barrierefreiheit aller Bildungseinrichtungen*
- 227 • *ein nachhaltiges und flächendeckendes Netz von außerschulischen Orten und Einrichtungen*
228 *formeller und informeller Bildung*
- 229 • *die Verstärkung der beruflichen Bildung auch im ländlichen Raum*
- 230 • *die schrittweise Abschaffung der Elternbeiträge für die Schüler*innenbeförderung gerade im*
231 *ländlichen Raum*
- 232 • *einen zügigen Breitbandanschluss und Ausbau digitaler Infrastruktur für alle Schulen*
- 233 • *den Ausbau und die langfristige Sicherung der Schulsozialarbeit an allen Schulen*
- 234 • *die Sicherstellung der Gebühren- und Lernmittelfreiheit*
- 235 • *die Erhaltung und den Ausbau jeder Möglichkeit der nicht schulischen Bildung aller Menschen*
236 *als Hauptquelle des lebenslangen Lernens und der umfassenden Bildung der Menschen.*

237

238 **2.2.3 Studieren und Forschen**

239

240 Sachsen verfügt über eine vielfältige Hochschul- und Forschungslandschaft. Neben den Universitäten
241 sind gerade die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, Studienakademien und kleineren
242 hochspezialisierten Institute in den Mittelstädten und Landkreisen ein Antriebsmotor für
243 wirtschaftliche Entwicklung. Auch viele kleine Firmen haben eigene Entwicklungsabteilungen. An
244 zahlreichen Museen wird ebenfalls Forschung betrieben. Dies wollen wir fördern und ausbauen.
245 Kommunen müssen mehr als in der Vergangenheit die Chance der Zusammenarbeit nutzen, u.a. über
246 den Abschluss kommunaler Kooperationsvereinbarungen oder die Integration in kommunalpolitische
247 Entwicklungskonzepte.

248

249 ***Daher setzen wir uns ein für:***

- 250 • *die bestmögliche Förderung von Bildung, Forschung, Entwicklung, innovativer Technologien und*
251 *wissensbasierter Unternehmensgründung, um die regionale Wertschöpfung zu verbessern/ zu*
252 *erhalten*
- 253 • *die Entwicklung auch mittlerer und kleinerer Forschungseinrichtungen als internationale*
254 *Standorte*
- 255 • *die Förderung des Wissenstransfers zwischen Hochschulen und Kommunen*
- 256 • *die Vernetzung der Hochschulen mit den Kommunen bei einer stärkeren Mitsprache*
257 *kommunaler Vertreter*innen*

258
259
260
261
262
263
264
265
266
267
268
269
270
271
272
273
274
275
276
277
278
279
280
281
282
283
284
285
286
287
288
289
290
291
292
293
294
295
296
297
298
299
300
301
302
303
304
305
306
307
308
309
310
311

2.3. Familien, Kinder und Jugendliche umfassend unterstützen und fördern

Die Veränderung der Arbeitswelt und Arbeitszeiten, aber auch prekäre Lebensverhältnisse und verfestigte Armutslagen gehen zulasten von Familien, Kindern und Jugendlichen. Darüber hinaus sind vor allem Alleinerziehende von Armut betroffen. Mit der zunehmenden sozialen Differenziertheit und der Veränderung von Lebensweisen wachsen auch die Anforderungen an die Kinder- und Jugendhilfe. Dies muss durch eine auskömmliche personelle und finanzielle Ausstattung der dort tätigen Akteur*innen gewährleistet werden. Die Selbstorganisation von jungen Menschen ist dabei ein zentrales Moment. Die dafür notwendigen Freiräume wollen wir erhalten und schaffen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- *die konsequente Ausrichtung kommunaler Entscheidungen auf die Belange von Kindern, Jugendlichen und Familien mit Kindern*
- *das Bemühen um eine bessere Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit durch den Freistaat*
- *den Ausbau von Einrichtungen, die unterschiedliche Angebote der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit in sich vereinen*
- *den Erhalt und/oder Ausbau der bestehenden Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit mit ausreichend qualifiziertem Personal*
- *ein garantiertes Budget dafür von X Millionen Euro (kreisspezifisch) für die nächsten fünf Jahre*
- *den Erhalt/ die Schaffung selbstverwalteter Jugendtreffs*
- *die Stärkung der präventiven Sozialarbeit insbesondere über die Schulsozialarbeiter*innen und Streetworker sowie durch den Ausbau der Erziehungsberatungsstellen*
- *ein Angebot an Prävention, Beratung und Hilfe bei kinder-, jugend- und familienrelevanten Problemstellungen*
- *die Evaluierung der Arbeit von Jugendämtern*
- *die Unterstützung von Ombudsstellen im Bereich Kinder- und Jugendhilfe*
- *die gleichberechtigte Teilhabe von geflüchteten Kindern und Jugendlichen an den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe*
- *die Stärkung von integrativen Projekten, die für herkunftsspezifische Unterschiede, Fluchterfahrungen und Sprachbarrieren sensibilisiert sind*
- *eine interkulturell, demokratiefördernd, inklusiv und geschlechtersensibel ausgerichtete Jugendarbeit, die sich aktiv gegen alle Formen von Diskriminierung wendet*
- *die Anpassung der Beratungs- und Hilfeleistungen des Allgemeinen Sozialdienstes an Bedarf und Komplexität der Fälle*
- *bedarfsgerechte Angebote von Hilfen zur Erziehung mit dem Fokus auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen und die Befähigung der Eltern*
- *den Ausbau von Erziehungs- und Familienberatungsstellen und weiteren Familienbildungsangeboten*
- *die Förderung einer bedarfsgerechten Familienberatung, besonders für Alleinerziehenden-, Patchwork- und Regenbogenfamilien*
- *die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien als Alternative zur stationären Unterbringung*
- *die engagierte Beratung und Begleitung durch den Pflegekinderdienst.*

2.4. Würdevolles Leben und aktive Teilhabe im Alter

Selbstbestimmtes Altern in Würde ist ein unveräußerliches Menschenrecht und darüber hinaus ein Lebensabschnitt mit eigenen Bedürfnissen und Ansprüchen. Ältere Menschen wollen sich auch nach dem Renteneintritt aktiv und gleichberechtigt in den gesellschaftlichen Alltag einbringen und bürgerschaftlich engagieren. Dazu bedarf es geeigneter Rahmenbedingungen wie der altersgerechten Gestaltung des Wohnumfeldes, entsprechenden Verkehrslösungen und tragfähigen Bedingungen in der Gesundheitsversorgung und Pflege.

312 ***Deshalb setzen wir uns ein für:***

- 313 • *eine Kommune der kurzen Wege (Arztpraxen, Einkaufsmöglichkeiten usw. in der Nähe)*
- 314 • *barrierefreie Kultur- und Freizeitmöglichkeiten*
- 315 • *mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für Ältere in den sozialen, kulturellen und politischen Bereichen*
- 316 *des kommunalen Lebens, z.B. in Senior*innenbeiräten*
- 317 • *Seniorenpolitik als fachübergreifendes Thema in der Verwaltung durch Seniorenbeauftragte*
- 318 • *die zeitnahe Erarbeitung eines Rahmenkonzepts für senior*innengerechte Quartiersentwicklung*
- 319 *und dessen Umsetzung*
- 320 • *die Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten, auch im Bereich des sozialen*
- 321 *Wohnungsbaus*
- 322 • *eine stärkere Verbindung von Wohnen und ambulanter Pflege in Nachbarschaften und*
- 323 *Quartieren und damit der Unterstützung von sorgenden Gemeinschaften*
- 324 • *einen gleichberechtigten Zugang von älteren Menschen mit Migrationshintergrund zu*
- 325 *gesundheitlichen und pflegerischen Versorgungsleistungen*
- 326 • *ambulante Pflegeeinrichtungen*
- 327 • *den Erhalt und die Neuausrichtung der Begegnungsstätten auf Basis einer soliden*
- 328 *Finanzausstattung*
- 329 • *Unterstützung von sozial benachteiligten Älteren, z. B. durch den kostenfreien Zugang zu Bildung*

330

331 **2.5. Gleichstellung aller Geschlechter**

332

333 Wir stehen für ein offenes und gleichberechtigtes Miteinander aller Menschen – egal welchen
334 Geschlechts – und eine tatsächliche Gleichstellung in sämtlichen Lebensbereichen. Die Anerkennung,
335 Akzeptanz und Unterstützung vielfältiger Formen des Zusammenlebens und sozialen Miteinanders und
336 der Kampf für die Rechte aller Betroffenen sind für uns selbstverständlich. Gleichstellung ist eine
337 Querschnittsaufgabe und soll in allen Bereichen kommunaler Entscheidungen mitgedacht werden.

338

339 ***Deshalb setzen wir uns ein für:***

- 340 • *faire und gerechte Entlohnung unabhängig vom Geschlecht*
- 341 • *eine geschlechtersensible Folgenabschätzung bei allen kommunalpolitischen*
- 342 *Entscheidungen*
- 343 • *eine geschlechts- und familienspezifische Datenerhebung und Sozialberichterstattung*
- 344 • *die Aktualisierung und konsequente Umsetzung von Förderplänen für Frauen, Trans- und*
- 345 *Interpersonen in allen Bereichen der Verwaltung, kommunalen Betrieben und Unternehmen mit*
- 346 *kommunaler Beteiligung*
- 347 • *eine angemessene geschlechtergerechte Besetzung von Leitungsfunktionen in der Verwaltung*
- 348 *und in kommunalen Unternehmen*
- 349 • *die Stärkung des Netzwerkes gegen häusliche Gewalt und Stalking*
- 350 • *einen Runden Tisch gegen Gewalt an Frauen, Trans- und Interpersonen*
- 351 • *Frauenschutzwohnungen gerade im ländlichen Raum*
- 352 • *Schutzwohnungen für Mädchen unter 18 Jahren*
- 353 • *den Erhalt und die Stärkung entsprechender Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen, Netzwerke*
- 354 *und Vereine*
- 355 • *eine öffentlichkeitswirksame Beteiligung der Kommune am jährlichen Equal Pay Day, Girls‘ day*
- 356 *und dem Tag gegen Gewalt an Frauen und ihren Kindern*

357

358 **2.6. Menschenwürdiges Leben – egal, wo man herkommt**

359

360 Wir stehen für ein aufgeschlossenes und weltoffenes Klima in den Kommunen. In sächsischen Städten
361 und Gemeinden sollen die Bürger*innen, Besucher*innen und Menschen mit Fluchterfahrung sicher
362 und menschenwürdig leben können. Für eine erfolgreiche Integration sowie ein friedliches, vielfältiges
363 und solidarisches Zusammenleben aller Menschen in unserer Stadt (Gemeinde) müssen Barrieren und
364 Hemmnisse schneller abgebaut werden. Gerade unsere ostdeutschen Erfahrungen zeigen: Eine
365 vielfältige Gesellschaft muss sich auch in der öffentlichen Verwaltung widerspiegeln.

366

367 **Deshalb setzen wir uns ein für:**

- 368 • die Stärkung der kommunalen Ansprechpartner vor Ort, vor allem der Bürgerämter
- 369 • die Bildung eines (Stärkung des) Migrant*innenbeirats
- 370 • die dezentrale und menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in
- 371 individuellen Wohnungen und Wohngruppen
- 372 • die Verbesserung der sozialen Integration der Geflüchteten durch mehr dezentrale Sozialarbeit
- 373 • die gezielte Gewinnung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund für Ausbildungsberufe
- 374 innerhalb der Stadtverwaltung
- 375 • die entsprechende Weiterbildung von Mitarbeiter*innen kommunaler Einrichtungen und
- 376 Tochtergesellschaften
- 377 • den Einsatz von Sprachmittler*innen im Gesundheitswesen, in Behörden, Ämtern und
- 378 Bildungseinrichtungen
- 379 • die Evaluierung und Fortschreibung bzw. Schaffung eines „Kommunalen Rahmenplans zur
- 380 Integration von Migrant*innen“
- 381 • einen höheren Anteil von Migrant*innen in verantwortlichen Positionen der Verwaltung

382

383 **2.7. Inklusives Denken und Handeln fordern**

384

385 Inklusion und die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sind ein Querschnittsthema für viele
386 Lebensbereiche. Inklusion betrifft uns alle, und Barrierefreiheit hilft uns allen. Wir wollen das „Alles-
387 für-Alle-Prinzip“, weil jeder zunächst Expertin oder Experte in eigener Sache ist. Verwaltung soll nicht
388 erst reagieren, wenn der unmittelbare Bedarf entsteht, sondern vorausschauend planen und handeln.

389

390 **Deshalb setzen wir uns ein für:**

- 391 • den barrierefreien Zugang zu allen Einrichtungen und Dienstleistungsangeboten der
- 392 Verwaltung, einschließlich der Wahllokale
- 393 • Kommunikationsangebote der Kommune in „leichter Sprache“
- 394 • mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung und den
- 395 Eigenbetrieben
- 396 • den Erhalt von Trägerstrukturen, die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen gemeinnützig
- 397 betreiben
- 398 • den Ausbau der gemeinsamen Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung in
- 399 Kindertagesstätten und Schulen
- 400 • mehr barrierefreie Wohnungen zu erschwinglichen Mieten
- 401 • die barrierefreie Gestaltung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) durch Fahrzeuge mit
- 402 Niederflurtechnik und barrierefreie Haltestellen
- 403 • die Erweiterung des Blindenleitsystems, die Kennzeichnung von Stufen und anderen
- 404 Hindernissen mit Signalfarben
- 405 • die Ausstattung weiterer Straßenquerungen mit akustischen Ampeln.

406

407 **2.8. Für eine stabile medizinische Versorgung und gute Pflege**

408

409 Nicht zuletzt durch den demografischen Wandel nehmen auch in diesem Bereich die
410 Herausforderungen zu. Schon heute ist ein Mangel an Ärzt*innen und qualifiziertem Pflegepersonal
411 spürbar. Doch alle Einwohner*innen, unabhängig von Alter und Einkommen, sollen auch künftig
412 medizinisch gut versorgt werden.

413

414 **Deshalb setzen wir uns ein für:**

- 415 • den Erhalt und Ausbau kommunaler Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, vor allem im
- 416 ländlichen Raum
- 417 • die Entwicklung von Telenotfallmedizin
- 418 • die Stärkung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes
- 419 • die personelle und finanzielle Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes insbesondere zur
- 420 Präventivarbeit
- 421 • die gezielte Anwerbung und Ansiedlung von Ärzt*innen sowie Pflegepersonal

- 422 • *den Ausbau der Strukturen der Suchtkrankenhilfe*
- 423 • *die bessere Vernetzung von Suchtprävention, Beratung, Therapie und Nachsorge*
- 424 • *die interkulturelle Öffnung und damit kultursensible Pflege, vor allem für pflegebedürftige*
- 425 *Migrant*innen*
- 426 • *die Deckelung der Eigenanteile bei den Pflegekosten*
- 427 • *die Prüfung der Informations- und Beratungsangebote zur Betreuung und Pflege auf ihre*
- 428 *fallbezogene Wirksamkeit*
- 429 • *die Förderung von Hospiz- und Palliativdiensten, einschließlich ausreichendem Personal*
- 430 • *die Erstellung eines kommunalen geschlechterdifferenzierten Gesundheitsberichtes*
- 431 • *die Schaffung von ausreichenden bezahlbaren Kapazitäten von Pflegeheimplätzen und*
- 432 *alternativen Betreuungsmöglichkeiten*
- 433 *Wir fordern eine regionale/kommunale Mitsprache bei der Umsetzung der anstehenden*
- 434 *Krankenhausreform und stehen gegen:*
- 435 • *die Schließung und Privatisierung von Krankenhäusern*
- 436 • *die Kommerzialisierung im Rettungsdienst*

437

438 **3. Für eine nachhaltige (Stadt-) Entwicklung gemeinsam mit den Bürger*innen**

439

440 Für die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in einem lebenswerten Umfeld in urbanen
 441 Zentren und in ländlichen Gemeinden ist eine versorgungssichernde Qualität der Infrastruktur zu
 442 erhalten. Zu beachten sind neben den vorhandenen Versorgungsinfrastrukturen, Verkehrsanbindungen
 443 und sozialen Einrichtungen auch die Möglichkeiten der aktiven Freizeitgestaltung auf sportlichem und
 444 kulturellem Gebiet.

445 Das Leitbild der Nachhaltigkeit soll Grundanliegen allen kommunalen Handelns sein. Dabei gehen wir
 446 von Nachhaltigkeit in ihrer Einheit von friedenssichernder, ökologischer, ökonomischer und sozialer
 447 Entwicklung aus. Die Gestaltung der Kommunen geht nur gemeinsam mit den Bürger*innen. Das ist
 448 gerade jetzt angesichts großer gesellschaftlicher Veränderungen wichtig.

449

450 **3.1. Für eine Nahversorgung, die ihren Namen verdient**

451

452 Gerade die Gestaltung des lebenswerten Umfeldes ist eine wichtige Voraussetzung für die
 453 Lebensqualität der Bürger*innen in der Stadt und auf dem Land. Nur attraktive Gemeinden und Städte
 454 im ländlichen Raum sichern diesen als lebenswerten Siedlungsraum für kommende Generationen.

455

456 ***Deshalb setzen wir uns ein für:***

- 457 • *die Stärkung der Stadtteil- und Gemeindezentren*
- 458 • *die Förderung kleiner Läden in den Wohngebieten*
- 459 • *mobile Verkaufsstellen in ländlichen Regionen*
- 460 • *die Unterstützung genossenschaftlicher Initiativen zur Belebung ländlicher Strukturen*
- 461 • *die öffentliche und dem Allgemeinwohl dienende Nutzung leerstehender Gewerberäume*
- 462 • *die ganztägige öffentliche Nutzung von kommunalen Flächen, wie z. B. Schulhöfen*
- 463 • *den Erhalt von Sparkassenangeboten vor Ort*

464

465 **3.2. Digitale Infrastruktur**

466

467 Grundlegende Infrastrukturen gehören in öffentliche Hand. Kommunale Lösungen für eine
 468 zukunftsfähige digitale Infrastruktur müssen vorausschauend und technikoffen sein, damit Kommunen
 469 im ländlichen Raum Standortnachteile ausgleichen können. Funklöcher und fehlende Bandbreite
 470 bremsen moderne Arbeitswelten aus und verhindern Innovation. Das Arbeiten vom wieder sanierten
 471 Elternhaus auf dem Dorf hängt wesentlich vom Zugang zum Internet ab. Mit jedem wichtigem Projekt
 472 der Digitalisierung behördlicher oder kommunaler Prozesse muss auch die Möglichkeit zu einem
 473 einfachen Zugang zu kostenloser Internetversorgung in den öffentlichen Einrichtungen geschaffen
 474 werden

475

476 ***Daher setzen wir uns ein für:***

- 477 • *ein kostenloses WLAN in öffentlichen Räumen*

- 478 • einen Breitbandanschluss für jeden Haushalt
- 479 • den Aufbau lokaler und dezentralisierter Online-Dienste und Apps gegen die
- 480 Abhängigkeit von marktbeherrschenden Technologieunternehmen
- 481 • den Zugang zu internet-fähigen Geräten unabhängig vom Geldbeutel
- 482 • eine funktionierende digitale Infrastruktur im ländlichen Raum durch den Breitbandausbau als
- 483 gemeinnützige Aufgabe
- 484 • die Nutzung bestehender Infrastruktur (Peering) von Unternehmen mit Wegerecht (z. B.
- 485 Energieversorger, Telekommunikationsunternehmen, Deutsche Bahn)

486 3.3. Leben in einer grünen Umgebung

487

488 In den Wohngebieten und Innenstädten brauchen wir grüne Erholungsräume. Dabei ist der Erhalt
 489 städtischer Freiräume sowie von Baum- und Grünbeständen anzustreben, um die Lebensqualität für
 490 alle zu erhöhen. Auch Menschen ohne eigene Gärten haben ein Recht auf Grün. Im ländlichen Raum
 491 sind bei der Bewirtschaftung aller land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen die ökonomischen und
 492 ökologischen Gesichtspunkte als Einheit zu beachten. Die ländlichen Naturräume sind als
 493 unersetzbare Erholungsgebiete und Naturrückzugsräume zu schützen und zu pflegen. Auch
 494 Agrarflächen sind als wertvolles Kulturland schützenswert.

495

496 **Deshalb setzen wir uns ein für:**

- 497 • eine frühzeitige Festschreibung von zu schützenden Grünflächen im Flächennutzungsplan und in
- 498 den Bauleitplänen
- 499 • die Erarbeitung bzw. Aktualisierung der Baumschutzsatzung
- 500 • ein kommunales Rückkaufprogramm für Grünflächen
- 501 • die Errichtung von zusätzlichen Parks und Naherholungsgebieten
- 502 • eine Entwicklung von Gärten und Parkanlagen zu Oasen der Biodiversität und Artenvielfalt
- 503 • die weitere Unterstützung der Kleingartenvereine
- 504 • die Entsiegelung von Schottergärten
- 505 • Bürgergärten und begrünte Innenhöfe in den Wohngebieten

506

507 3.4. Freiräume erhalten und Bauflächen verantwortungsvoll nutzen

508

509 Der öffentliche Raum steht vor allem in den Ballungszentren zunehmend unter Druck. Dort gibt es
 510 einen enormen Bedarf an Neubauf Flächen für Wohn- und Gewerbeimmobilien bzw. öffentliche
 511 Einrichtungen. Dabei muss eine ausgewogene Mischung verschiedener Nutzungsformen im
 512 Vordergrund stehen.

513

514 **Deshalb setzen wir uns ein für:**

- 515 • den Erhalt und die Schaffung zusätzlicher Grünflächen in den Wohnquartieren
- 516 • ein ausgeglichenes Verhältnis von Ver- und Entsiegelung neuer Bodenflächen
- 517 • eine stärkere Beachtung der Strömungsverhältnisse zum Luftaustausch bei
- 518 Nachverdichtung
- 519 • die Vermeidung von Hitzeinseln durch aktive Begrünung und Wasser-Reservoirs
- 520 • die vertikale Nutzungsmischung von Wohn- und Gewerbeeinheiten
- 521 • die grundsätzlich mehrgeschossige Bebauung von Baulücken
- 522 • das durchgrünte Bauen

523

524 3.5. Soziale Bodenpolitik kontra Grundstücksspekulation

525

526 Flächen im öffentlichen Eigentum müssen öffentliches Eigentum bleiben. Sie dürfen nur noch in
 527 Ausnahmefällen im Erbbaurecht an Dritte vergeben werden. Um Spekulationen zu stoppen und die
 528 Bodenpreise zu stabilisieren, ist ein Umdenken in der kommunalen Bodenpolitik notwendig.

529

530

531 **Deshalb setzen wir uns ein für:**

- 532 • eine strategische Liegenschaftspolitik, bei der für die Entwicklung der öffentlichen
- 533 Daseinsvorsorge benötigte Flächen frühzeitig angekauft werden; dabei soll die Kommune stärker
- 534 von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen
- 535 • den konsequenten Ankauf von Grundstücken und Gebäuden, die von der
- 536 Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zum Verkauf gestellt werden
- 537 • eine Quote von mindestens 30 Prozent Sozialwohnungen in Großstädten mit einer möglichst
- 538 langen Belegungsbindung beim Neubau von Stadtquartieren
- 539 • die Förderung einer aktiven Bodenvorratspolitik bei einer deutlich höheren Landesförderung
- 540 durch die Einrichtung eines gemeinwohlorientierten und revolvierenden Bodenfonds (ein Fonds,
- 541 dessen Ressourcen durch die Erlöse aus damit finanzierten Projekten aufgefüllt werden)
- 542 • die Verhinderung von Bodenspekulation, speziell bei landwirtschaftlichen Nutzflächen
- 543 • die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, dem Freistaat und Unternehmen im öffentlichen
- 544 Eigentum, um Grundstücke und Objekte anzukaufen, welche von Verfassungsfeinden oder
- 545 Organisationen mit rassistischem, antidemokratischem und antiliberalem Kontext übernommen
- 546 werden sollen
- 547 • die Stärkung und den Ausbau öffentlicher Beteiligungsprozesse bei der kommunalen
- 548 Entwicklung
- 549 • die Unterstützung von Non-Profit-Organisationen, wie z. B. dem Mietshäuser Syndikat
- 550 • die Bereitstellung öffentlicher Freiflächen für gemeinnützige Nachbarschaftsgärten sowie die
- 551 vertragliche Festschreibung einer garantierten Nutzungsdauer
- 552 • den Erhalt von Garagentgemeinschaften

553

554 **3.6. Daseinsvorsorge langfristig sichern**

555

556 **3.6.1. Für eine zügige und soziale Energiewende und klimagerechte Entwicklung**

557

558 Die Energiewende muss sozial gestaltet werden. Die energetische Basis ist versorgungssicher auf
559 erneuerbare Energien auszurichten. Dabei spielen die kommunalen Energieversorgungsunternehmen
560 eine herausragende Rolle. Unter Einbeziehung der regionalen Potenziale wie Photovoltaik, Wind,
561 Biomasse, Wasserkraft und Geothermie und unter Beachtung lokaler Gegebenheiten ist eine sozial
562 verträgliche, unabhängige und umweltverträgliche Energieversorgung zu erreichen.

563

564 **Deshalb setzen wir uns ein für:**

- 565 • die Entwicklung und die weitere soziale Umsetzung einer kommunalen
- 566 Klimaanpassungsstrategie mit vorsorgenden Maßnahmen für die Reduktion von Klimafolgen
- 567 • die interkommunale Zusammenarbeit bei der Energiegewinnung und der dafür nötigen
- 568 Flächengewinnung
- 569 • Anreize zur Energieeinsparung
- 570 • die Beteiligung der Bürger*innen beim Ausbau erneuerbarer Energien
- 571 • die stärkere Nutzung der energetischen Potenziale solartauglicher Dachflächen
- 572 • die Unterstützung von Mieterstrominitiativen
- 573 • verbindliche Standards für klimafreundliche, energieeffiziente Gebäudestrukturen
- 574 • den stärkeren Ausbau erneuerbarer Energie bei Stadtwerken
- 575 • die Unterstützung lokaler Energiegenossenschaften, u. a. durch Beteiligung der Kommune
- 576 • die Umsetzung des Lärmaktions- und des Luftreinhalteplans
- 577 • die Reduktion von Lichtverschmutzung im öffentlichen Raum
- 578 • die Wiederverwendung und das Recycling nicht vermeidbarer Abfälle und die Stärkung von
- 579 Wertstoffkreisläufen
- 580 • die Beibehaltung und Schaffung von Frischluftschneisen

581

582 **3.6.2. Wasser ist Leben - für die mittel- und langfristige Sicherung der Wasserversorgung** 583 **unter Klimaveränderungen**

584

585 Kommunale Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsunternehmen haben die Aufgabe, die
586 Bürger*innen mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser in ausreichender Menge zu versorgen,
587 Abwasser umweltgerecht und wirtschaftlich zu entsorgen. Das ist angesichts des sich abzeichnenden
588 Klimawandels eine immer größer werdende Herausforderung.

589

590 ***Deshalb setzen wir uns ein für:***

- 591 • *die Sicherung einer bezahlbaren Trinkwasserversorgung*
- 592 • *den Schutz der Trinkwasserressourcen*
- 593 • *den Erhalt natürlicher Flussläufe und Auenlandschaften*
- 594 • *nachhaltige Hochwasserschutzmaßnahmen, mindestens auf dem Standard HQ 50*
- 595 • *die Realisierung einer umfassenden Gründach- und Grünfassadenstrategie*
- 596 • *eine wassersensible Stadtentwicklung hin zur Schwammstadt*
- 597 • *transparentere Vergabeverfahren für Brachen auf der Basis sozial-ökologischer Kriterien*

598

599 **3.7. Global denken – lokal handeln**

600

601 Wo kommt ein Produkt her und wer baut die neue Schule? Diese Fragen stellen sich, wenn man
602 regionale Wirtschaftskreisläufe stärken und lokales Handeln fördern will. Aber auch bei Produkten, die
603 von weiter herkommen, ist darauf zu achten, dass sie nachhaltig hergestellt und fair gehandelt werden.
604 Eine nachhaltige kommunale Entwicklung hört nicht an den Grenzen der Kommune auf. Regionale
605 Wirtschaftskreisläufe werden gestärkt durch eine bewusste Bauplanung und Materialbeschaffung
606 sowie die Wiederentdeckung und Förderung alter Handwerkstraditionen. Heimische Rohstoffe zu
607 nutzen und regionale Landwirtschaft zu stärken, gehören zur Verantwortung jeder und jedes Einzelnen
608 für unsere Zukunft.

609

610 ***Deshalb setzen wir uns ein für:***

- 611 • *eine stärkere Regionalisierung von Wirtschafts- und Warenkreisläufen*
- 612 • *den Erhalt und die Förderung landwirtschaftlicher Nutzungsflächen, insbesondere den*
613 *ökologischen Landbau, auch im Stadtgebiet*
- 614 • *mehr Kooperation mit dem Umland auf Augenhöhe, insbesondere beim*
615 *Hochwasserschutz, dem ÖPNV, dem Rettungswesen und im Touristikbereich*
- 616 • *eine konsequente Ausrichtung aller kommunalen Aufträge und der öffentlichen Beschaffung an*
617 *Nachhaltigkeitskriterien (Schutz Menschenrechte, Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards,*
618 *Klima- und Umweltschutz)*
- 619 • *die Unterstützung von fair-trade-Initiativen durch die Kommune, Förderung von*
620 *kommunalen Partnerprojekten in Schwellen- und Entwicklungsländern*
- 621 • *die Wiederentdeckung alter Handwerkstraditionen für eine nachhaltige Produktion*
- 622 • *einen eigenen Fördertopf „sozial-ökologische kommunale Entwicklung“*
- 623 • *Unterstützung von Lebensmittelrettungsaktionen und Verteilgruppen (foodsaving/sharing) durch*
624 *die Kommune*

625

626 **4. Für angemessenes und bezahlbares Wohnen**

627

628 Die Sächsische Verfassung sichert das Recht auf angemessenen Wohnraum als Staatsziel zu.
629 Mit über 60 Prozent Mietwohnungen ist Sachsen besonders stark geprägt von Wohnungsvermietung.
630 Bei den meisten Haushalten stellen kalte und warme Wohnkosten den größten Ausgabeposten dar.
631 Entwickeln sich die Kaltmieten in Sachsen unterschiedlich dynamisch, sind die stark steigenden
632 warmen Wohnkosten getrieben von den Energiepreisen flächendeckend eine große Belastung, vor
633 allem bei den unteren und mittleren Einkommen. Kostensteigerungen bei den Wohnkosten haben
634 deshalb für die Bevölkerung und die sächsischen Kommunen eine hohe Bedeutung.
635 In Sachsen stehen die Kommunen vor unterschiedlichen Herausforderungen. Dem Mangel an
636 bezahlbarem Wohnraum in den Ballungszentren steht Leerstand jenseits der prosperierenden
637 Kommunen gegenüber.

638 In den angespannten Wohnungsmärkten führt das zur Verdrängung einkommensschwächerer
639 Mieter*innen. Dem wollen wir entgegenwirken und eine gute soziale Mischung in allen Wohnvierteln
640 erhalten oder schaffen. Jenseits der urbanen Zentren ergibt sich zunehmender Leerstand, der zu einer
641 Abwärtsspirale führt mit der Gefahr der Verödung ganzer Nachbarschaften und dem Abriss von
642 Wohnraum.
643 Energetische Modernisierungen dürfen nicht zu zusätzlichen Verdrängungseffekten führen.
644 Gutes und bezahlbares Wohnen ist deshalb für DIE LINKE einer der wichtigsten Bereiche der
645 Daseinsvorsorge. Es ist eine der drängendsten sozialen Fragen unserer Zeit.

646

647 ***Daher setzen wir uns ein für:***

- 648 • *eine Offensive für sozialen Wohnungsbau für Erhalt und Mehrung von leistbarem Wohnraum*
- 649 *sowohl im Neubau als auch bei Modernisierung und nach bedarfsgerechtem Umbau im Bestand*
- 650 • *Erhalt und Stärkung der kommunalen Wohnungsunternehmen*
- 651 • *die Unterstützung genossenschaftlicher Wohnformen und -gesellschaften*
- 652 • *eine längere Bindungsdauer von Sozialwohnungen*
- 653 • *die Nutzung aller Instrumente zum Schutz von Mieter*innen zum Dämpfen der Mietpreisspirale*
- 654 • *ein Zweckentfremdungsverbot von Mietwohnungen zur Ferienwohnungsnutzung, gewerblichen*
- 655 *Nutzung und spekulativem Leerstand*
- 656 • *Milieuschutzsatzungen in von Verdrängung einkommensschwächerer Haushalte gefährdeten*
- 657 *Wohnquartieren*
- 658 • *einen familien- und altersgerechten Umbau von Wohnungen*
- 659 • *eine integrierte Quartiersentwicklung statt Wohnungsabriss und Verödung*
- 660 • *willkommensheiße Nachbarschaften, in den Menschen gemeinsam, fair und solidarisch*
- 661 *einander begegnen und gemeinsam gut leben*
- 662 • *eine sukzessive Anpassung von Wohnquartieren und Nachbarschaften durch Förderung und*
- 663 *Gestaltung von öffentlichen Orten der nicht-kommerziellen Begegnung*
- 664 • *Förderinstrumente, die auch für kleine Wohnungsunternehmen gut geeignet sind*
- 665 • *die soziale Ausgestaltung der Grundsteuerreform durch die Kommune*
- 666 • *eine Initiative für eine neue Gemeinnützigkeit des Wohnungsbaus und der Wohnungswirtschaft*
- 667 • *eine der Entwicklung am Wohnungsmarkt entsprechende Anpassung des Wohngeldes*
- 668 • *die ausreichende Ausstattung der kommunalen Verwaltung zur schnellen Bearbeitung von*
- 669 *Wohngeldanträgen*

670

671 **5. Für eine Mobilität, die uns allen nützt**

672

673 Um Mobilität für alle nutzbar zu machen, streben wir einen Paradigmenwechsel von reiner
674 Verkehrsplanung hin zu einem kommunalen Mobilitätsmanagement mit Schwerpunkt auf dem
675 Umweltverbund von Öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV), Fuß- und Radverkehr an. Die konkreten
676 Bedingungen und Herausforderungen sind zwischen ländlichen Gemeinden, kleinen Städten und
677 Großstädten sicher sehr verschieden. Dennoch ist eine umfassende Mobilitätswende als Antwort auf
678 den Klimawandel unausweichlich. Sie muss so umgesetzt werden, dass individuelle und
679 umweltfreundliche Mobilität für alle Menschen unabhängig vom Einkommen möglich ist.
680 ÖPNV ist für uns daher angebotsorientiert zu gestalten und kennt in Zukunft keine individuellen
681 Beförderungsentgelte mehr. ÖPNV ist zudem ein wirtschaftlicher und touristischer Standortfaktor,
682 seine Qualität kann der entscheidende Grund für unternehmerische Ansiedlungen sein. Wir wollen,
683 dass jede Siedlung ab 500 Einwohnern tagsüber mindestens 4 mal im Zweistundentakt angefahren
684 wird, bei 5.000 Einwohnern im Stundentakt und ab 10.000 Einwohnern im Halbstundentakt. Denn egal
685 ob Arzt oder Theaterbesuch, Sportveranstaltung oder Volkshochschule: Ein Besuch muss auch ohne
686 privates Fahrzeug möglich sein. Wir setzen im ländlichen Raum auch auf flexible
687 Beförderungsvarianten wie Rufbusse/-taxis und wollen Carsharing-Angebote fördern.
688 Wir sind davon überzeugt: Der Bedarf steigt mit einem attraktiven, zuverlässigen Angebot und der
689 positiven Beförderungserfahrung. Erst dadurch wird der ÖPNV zur realen Alternative zur individuellen
690 Mobilität. Der Fuß- und Radverkehr muss überall gleichberechtigt und vorrausschauend geplant
691 werden, denn auch und gerade in kleinen Gemeinden und Städten ist das (Elektro-)Fahrrad längst zu
692 einem wichtigen Bestandteil individueller Mobilität geworden.

693

694 ***Deshalb setzen wir uns ein für:***

- 695 • *die Fortschreibung von Verkehrsentwicklungsplänen mit einem inklusiven*
- 696 *Mobilitätsmanagement unter Beteiligung der Bürger*innen*
- 697 • *eine Stadt der kurzen Wege*
- 698 • *einen attraktiven und preiswerten Angebots-ÖPNV mit Mindestbedienstandards zwischen den*
- 699 *Zentren, dem Umland und in der Fläche*
- 700 • *einen Verkehrsverbund für ganz Sachsen. Die Kleinstaaterei verschiedenster*
- 701 *Beförderungsbedingungen muss aufhören. Mobilitätsbedürfnisse enden nicht an*
- 702 *Verkehrsverbund- oder Kreisgrenzen.*
- 703 • *Vernetzung aller Verkehre mit dem Ziel einer besseren Attraktivität*
- 704 • *den beschleunigten Ausbau des Radverkehrsnetzes vor allem für den Alltagsradverkehr*
- 705 • *die ganzheitliche Förderung und Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur*
- 706 • *die Optimierung des Fußgängerverkehrs*
- 707 • *die Reduzierung von Durchgangsverkehr in Wohngebieten*
- 708 • *die Förderung der Infrastruktur für Elektrofahrzeuge in der Bauleitplanung durch*
- 709 *Satzungsbeschluss*
- 710 • *die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken*
- 711 • *die Stabilisierung des Regionalverkehrs mit direkter Anbindung an das Fernverkehrsnetz der*
- 712 *Deutschen Bahn*
- 713 • *die Förderung von Carsharing-Angeboten*
- 714 • *die Umstellung des Fuhrparks der Stadt- und Kreisverwaltungen auf Elektromobilität*
- 715 • *die digitale Verknüpfung aller Nahverkehrs- und Mobilitätsangebote in einer App*

716

717 **6. Kultur auf allen Ebenen**

718

719 Kultur ist Bestandteil des täglichen Lebens. Sie erfüllt im kommunalen Gemeinwesen eine
720 unverzichtbare soziale Integrationsfunktion: sie vermittelt humanistische Werte und gibt kritische
721 Denkanstöße, sie fördert menschliche Selbstverwirklichung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben,
722 sie stiftet Identifikation der Einwohner*innen mit ihrer Kommune und der Region. Kunst und Kultur
723 sind Orte der Begegnung und des Dialogs unterschiedlicher Kulturen, hier wird Verständnis für andere
724 Kulturen gefördert. Kultur hilft so auch gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit und stärkt unsere
725 Demokratie. Kommunale Kulturpolitik muss darauf hinwirken, dass für die Bevölkerung ein
726 vielgestaltiges und ausgewogenes kulturelles Angebot vorhanden ist und für die Allgemeinheit
727 zugänglich bleibt. Prinzipiell muss gewährleistet sein, dass der Besuch von Theatern und Museen, die
728 Teilnahme am Musikschulunterricht und an Veranstaltungen der Volkshochschulen für alle bezahlbar
729 ist.

730

731 ***Deshalb setzen wir uns ein für:***

- 732 • *sozialverträgliche Eintrittspreise*
- 733 • *die finanzielle Absicherung der kommunalen Kultureinrichtungen*
- 734 • *die Dynamisierung der Kulturraummittel für den ländlichen Raum*
- 735 • *eine lebendige Jugendkultur auf dem Land*
- 736 • *den Erhalt und die Förderung von Ateliers und Kunsträumen in den Quartieren*
- 737 • *die Unterstützung der Freien Szene*
- 738 • *die Zusammenarbeit der großen Häuser mit Schulen, Bildungseinrichtungen und der Freien*
- 739 *Szene, auch im ländlichen Raum*
- 740 • *freien Eintritt für alle Dauerausstellungen der kommunalen Museen und Kulturdenkmäler*
- 741 • *die Stärkung und Förderung kultureller Vorhaben von Migrant*innen*
- 742 • *die kulturelle Nutzung ehemaliger Gemeindeämter, Rathäuser und Bibliotheken*
- 743 • *digital erlebbare Museen, Volkshochschulen und Bibliotheken*
- 744 • *die Digitalisierung des Bestandes der Museen*
- 745 • *die Ausstattung der Bibliotheken durch digitale Angebote und die Förderung von E-Learning*

746

747 **7. Für eine sportliche Zukunft – von der Breite bis zur Spitze**

748

749 Sport bedeutet aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und ist ein wesentliches Element der
750 Freizeitbetätigung. Sport verbindet Menschen unterschiedlicher Generationen und Herkünfte.

751 Organisierter Sport in den Vereinen fördert soziale Kontakte, stärkt Solidarität und Verständnis
752 füreinander und mobilisiert in einem hohen Maße ehrenamtliches Engagement von Bürger*innen.

753

754 ***Deshalb setzen wir uns ein für:***

755 • *die weitere Ertüchtigung der Sportinfrastruktur*

756 • *den Neubau und die Entwicklung von Sport- und Freizeitanlagen im öffentlichen Raum*

757 • *Maßnahmen für längere Öffnungszeiten von Sportplatzanlagen*

758 • *die Unterstützung von Sportvereinen*

759 • *eine bessere personelle Begleitung der Sportvereine bei baulichen Investitionen durch die*
760 *Verwaltung*

761 • *demokratische und solidarische Vereinsstrukturen im Sport*

762 • *die infrastrukturelle Gewährleistung und Absicherung des lehrplangerechten*
763 *Schulsports*

764 • *mehr Bewegungsangebote für Kleinkinder und Kinder in Kitas, Schulhorten und Sportvereinen*

765 • *die Unterstützung des innerschulischen und außerschulischen Schwimmenlernens für alle*
766 *Kinder*

767 • *geförderte Kooperationen zwischen (Grund-)Schulen, Kitas und Sportvereinen*

768 • *die Nutzung der Schulsportinfrastruktur durch den organisierten Sport und Öffnung für*
769 *nichtorganisierten Freizeitsport*

770 • *den Abbau von Barrieren, die den Zugang zum Sport für Menschen mit Behinderungen*
771 *erschweren.*

772 • *den erleichterten Zugang für Menschen mit Migrationshintergrund zum Sport*

773

774 **8. Wir alle sind ... - für eine aktive Bürger*innenstadt (-gemeinde)**

775

776 Für uns reduziert sich kommunale Selbstverwaltung nicht auf die grundgesetzliche Rechtsgarantie
777 nach Artikel 28 des Grundgesetzes. Kommunale Selbstverwaltung muss auch praktisch erlebbar sein.

778 Dabei geht es darum, Selbstverwaltung im politischen Sinne zu verstehen und zu gestalten. Sie wird
779 vom Engagement der mit den örtlichen Verhältnissen besonders vertrauten Bürger*innen getragen.

780 Das trägt dazu bei, dass die Bürger*innen sich ganz überwiegend mit ihrer Kommune identifizieren,
781 sich in ihr wohl fühlen und vor allem deshalb sich für sie und in ihr engagieren. Dafür haben Bund und
782 Länder die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

783

784 **8.1. Stadtgesellschaft lebt von der Mitwirkung der Bürger*innen– auch im digitalen Zeitalter**

785

786 Für eine möglichst breite Bürger*innenbeteiligung muss es noch bessere Rahmenbedingungen geben.

787 Auf Landesebene fordert die Landtagsfraktion deshalb seit langem die Herabsetzung des Wahlalters in
788 Kommunen auf zunächst 16 Jahre, wie es in anderen Bundesländern selbstverständlich ist. Das

789 Kommunalwahlrecht soll auf Landes- und Bundesebene auch für lange hier lebende Menschen ohne
790 deutschen Pass eingeführt werden. Das hohe Quorum für Bürger*innenentscheide soll in Sachsen auf

791 5 Prozent gesenkt werden. Um Beteiligungsprozesse wirksam zu realisieren, müssen die Zugänge
792 dafür möglichst niedrigschwellig gestaltet werden. Von Bedeutung ist für uns auch der

793 Minderheitenschutz für Sorb*innen.

794

795 **8.1.1. Bürger*innen gestalten ihren Lebensraum**

796

797 Ein Markenzeichen linker Kommunalpolitik ist die Gestaltung der Lebensräume (Stadt, Gemeinde,
798 Landkreis) gemeinsam mit den Bürger*innen. Vor allem in Zeiten entscheidender gesellschaftlicher
799 Veränderungen ist es unabdingbar, gemeinsam mit den Bürger*innen nach progressiven Lösungen zu
800 suchen.

801

802 ***Deshalb setzen wir uns ein für:***

- 803 • *die Förderung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommunalpolitik, u. a. durch*
- 804 *Jugendparlamente*
- 805 • *die Schaffung von offenen, kleinteiligen und niedrigschwelligen Beteiligungsformaten bzw. Betei-*
- 806 *ligungsplattformen für Bürger*innen*
- 807 • *die Entwicklung eines funktionsfähigen und verbindlichen Bürgerhaushaltes*
- 808 • *die Beteiligung der Bürger*innen bei der Diskussion um die Schwerpunktsetzung von*
- 809 *Zukunftsinvestitionen*
- 810 • *die Durchführung von Bürger*innenentscheiden zu politisch bedeutsamen Fragen*
- 811 • *die verbindliche Berücksichtigung von Belangen der Ortschaftsräte im Stadtrat*
- 812 • *die Einführung und Ausbau eines jährlichen Budgets in der Entscheidungshoheit der*
- 813 *Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte als niedrigschwelliges Angebot für Bürger*innen,*
- 814 *Vereine, Verbände und freie Träger*
- 815 • *eine bessere Unterstützung des Ehrenamts in all seiner Struktur*
- 816 • *den Ausbau von Sorbisch als zweiter Amtssprache*
- 817 • *die Möglichkeit, überall in Sachsen Sorbisch zu lernen*
- 818 • *die Einbeziehung von Sorb*innen in die sie betreffenden Entscheidungen ohne Rücksicht auf*
- 819 *Mehrheitsverhältnisse*

820

821 **8.1.2 Für eine transparente und bürgernahe Verwaltung**

822

823 Kommunale Verwaltungen sind in erster Linie Dienstleister für die Bewohner*innen.
824 Verwaltungsentscheidungen müssen daher transparent und nachvollziehbar sein. Informationen durch
825 die Verwaltung müssen frühzeitig und umfassend erfolgen. Wir wollen, dass Verwaltung
826 Ermöglichungsinstanz für Ideen und Anliegen der Bewohner*innen wird und nicht als
827 Verhinderungsstruktur wirkt. Dafür müssen sich Erreichbarkeit, Kommunikation und Handeln der
828 Verwaltung soweit wie möglich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Die Entwicklung der
829 Verwaltung muss so der realen Entwicklung der Gemeinde entsprechen. Ständige Mehrarbeit,
830 Arbeitsverdichtung und Überlastung des Personals können nicht länger hingenommen werden.

831

832 ***Deshalb setzen wir uns ein für:***

- 833 • *die solide Ermittlung des künftigen Personalbedarfs*
- 834 • *ein modernes Personalentwicklungskonzept unter Beteiligung der Personalräte, das die*
- 835 *Attraktivität der städtischen Arbeitsplätze erhöht*
- 836 • *eine offensive Personalgewinnung in Bereichen, wo akuter Personalmangel herrscht*
- 837 • *die nahtlose Wiederbesetzung freiwerdender Stellen*
- 838 • *ein Nachfolgemanagement für Aufgaben mit besonderen Qualifikationen und Erfahrungswissen*
- 839 • *einen kommunalen Betriebskindergarten*
- 840 • *die Stärkung des betrieblichen Gesundheitsmanagements*
- 841 • *eine transparente und bürgerfreundliche Informationspolitik der Verwaltung*

842

843 **8.1.3 Digitalisierung im kommunalen Raum vorantreiben**

844

845 Die Digitalisierung erfasst immer mehr individuelle Lebensbereiche. Für einen Großteil der Menschen
846 bringt die Digitalisierung Erleichterungen im Alltag, andere jedoch – insbesondere ältere Menschen –
847 können mit ihr kaum Schritt halten. Das Konzept der Smart City birgt darüber hinaus die Gefahr, das
848 urbane Alltagsleben immer mehr technokratisch zu beeinflussen oder den Datenschutz auszuhöhlen.

849

850 ***Deshalb setzen wir uns ein für:***

- 851 • *eine moderne dezentrale Verwaltung, die neben der klassischen analogen*
- 852 *Variante auch eine vollständig digitale Möglichkeit für die kommunalen Aufgaben schafft*
- 853 • *die Digitalisierung nicht nur als technische Umsetzung analoger Prozesse, sondern als Ergebnis*
- 854 *inhaltlicher Aufgabenanalyse (welche Aufgabe soll künftig wie erledigt werden?)*
- 855 • *die Nutzung moderner digitaler Technik nicht für die Streichung von Stellen, sondern*
- 856 *als Chance für bessere Arbeitsbedingungen und hochwertige Dienstleistungen*

- 857 • *eine moderne IT-Steuerung zur schnelleren, transparenteren und bürgerfreundlicheren*
- 858 *Gestaltung von Verwaltungsvorgängen*
- 859 • *die Einbindung des Personalrates in Prozesse der Digitalisierung in der Verwaltung*
- 860 • *ein Qualifizierungsprogramm für die kommunalen Mitarbeiter*innen zur Schaffung eigener*
- 861 *digitaler Kompetenzen*
- 862 • *Transparenz beim Umgang mit personenbezogenen Daten und individuelle*
- 863 *Zustimmungspflichten beim Datenaustausch*
- 864 • *Qualifizierung der Mitarbeiter*innen im Bereich Datenschutz und Datensicherheit*
- 865 • *barrierefreie Online-Zugänge zur Verwaltung, auch für Menschen mit geringen*
- 866 *technischen und sprachlichen Kenntnissen*
- 867 • *Städteverbände zur Realisierung digitaler Bürgerprojekte*

868

869 **8.2. Sicherheit durch Prävention**

870

871 Gute Sozialpolitik und Daseinsvorsorge, Demokratie und solidarisches Miteinander sind für uns die
 872 beste Kriminalitätsprävention. Kommunale Ordnungs- und Sicherheitspolitik muss einerseits das
 873 subjektive Sicherheitsbedürfnis der Menschen ernst nehmen, darf aber andererseits nicht in eine
 874 sicherheitspolitische Abwärtsspirale geraten, die zu immer schärferen Maßnahmen führt. Die
 875 Überwachung öffentlicher Räume lehnen wir dabei genauso ab wie die Einrichtung besonderer
 876 Verbotszonen. Dort wo es nötig ist, werden wir darauf hinarbeiten, die in den letzten Jahren
 877 beschlossenen Regelverschärfungen und Überwachungsmaßnahmen Stück für Stück zurückzunehmen
 878 und uns stattdessen für spezifische sozialpolitische, planerische und vermittelnde Maßnahmen
 879 einsetzen.

880

881 ***Deshalb setzen wir uns ein für:***

- 882 • *die Pflichtaufgabe Feuerwehr, die vom Freistaat angemessen finanziell und technisch*
- 883 *ausgestattet ist*
- 884 • *die gleiche Grundausstattung zur Hilfeleistung sachsenweit*
- 885 • *Standortfeuerwehren, die die Sicherheitsarchitektur gerade im ländlichen Raum ergänzen*
- 886 • *die unbedingte Einhaltung der gesetzlich normierten Rettungspflicht innerhalb von zwölf*
- 887 *Minuten*
- 888 • *die angemessene Anerkennung der Menschen, die sich in der Feuerwehr und für den*
- 889 *Bevölkerungsschutz einsetzen, so durch gewährten Bildungsurlaub und Rentenpunkte*
- 890 • *Angemessene Bildungsangebote zum Thema Erste Hilfe und Katastrophenschutz für Kinder und*
- 891 *Erwachsene*
- 892 • *die Weiterbildung der Mitarbeiter*innen der Verwaltung hinsichtlich demokratischer und*
- 893 *interkultureller Kompetenzen sowie den Einbau regelmäßiger Reflexionen und Supervisionen in*
- 894 *die Arbeitsabläufe der Verwaltung*
- 895 • *die Schaffung einer Mediations- und Vermittlungsstelle in der Verwaltung zur Lösung von*
- 896 *Konflikten, die den öffentlichen Raum und die Entwicklung der Kommune betreffen, wie zum*
- 897 *Beispiel Urbanitäts- und Lärmkonflikte oder vermeintliche Generationenkonflikte im*
- 898 *Zusammenhang mit öffentlichen Veranstaltungen*
- 899 • *die Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürger*innen, indem durch*
- 900 *stadtplanerische und sozialpolitische Maßnahmen angstbesetzte öffentliche Räume identifiziert*
- 901 *und unter Einbeziehung aller Betroffener zum Beispiel durch einfache Sicherheitsmaßnahmen,*
- 902 *wie das Aufstellen von Lichtquellen, umgestaltet werden*
- 903 • *die regelmäßige Überprüfung und qualifizierte Evaluation der Wirksamkeit ordnungspolitischer*
- 904 *Maßnahmen (z.B. Alkoholverbote, Kameraüberwachung) einschließlich der Entwicklung von*
- 905 *Sicherheitslage und Sicherheitsempfinden der Bevölkerung*
- 906 • *die schrittweise Rücknahme ordnungspolitischer Verschärfungen und mittelfristig den Abbau*
- 907 *z.B. von Kameraüberwachung um Grundrechtseinschränkungen zu Lasten aller Nutzer*innen*
- 908 *des öffentlichen Raumes so gering wie möglich zu halten*
- 909

910 **8.3. Unsere Stadt (Gemeinde) schreibt lebendige Geschichte**

911

912 Sachsens Geschichte ist bedeutsam für die deutsche Demokratieentwicklung, u.a. als Heimat der
913 bürgerlichen Frauenbewegung, Zentrum der Arbeiter*innenbewegung, der politisch aktiven
914 Turnervereine, des Gedankens der Nachhaltigkeit oder des Kleingartenwesens, das wichtige soziale
915 Funktionen erfüllt und das Umweltbewusstsein stärkt.

916 Das Andenken an den vielfältigen Widerstand gegen das Naziregime verpflichtet uns
917 besonders in der heutigen Zeit. Gerade angesichts der Verharmlosung der Verbrechen des Faschismus
918 durch die extreme Rechte wollen wir Orte des Gedenkens an Strukturen und Opfer, aber auch an den
919 antifaschistischen Widerstand stärker betonen. Zum Schutz der sorbischen Identität gehört für uns
920 auch die geschichtliche Aufarbeitung durch die Verbotspolitik der Nationalsozialisten.

921

922 ***Deshalb setzen wir uns ein für:***

- 923 • *die Förderung von generationsübergreifender Geschichtsarbeit zur Aufarbeitung des Faschismus*
924 *und zur kolonialen und imperialistischen Vergangenheit Deutschlands*
- 925 • *eine eigene Erinnerungskultur an die Opfer rechter Gewalt der Gegenwart, auch durch die*
926 *Benennung von Straßen, Plätzen und Schulen*
- 927 • *eine offene Diskussion unserer Geschichte seit 1989*
- 928 • *eine Rückbesinnung auf Regionalgeschichte im ländlichen Raum*
- 929 • *die Unterstützung ehrenamtlicher Ortschronist*innen*

930

931 **8.4. Unsere Gemeinde – weltoffen, gegen Rassismus und Faschismus**

932

933 Für eine weltoffene, tolerante und sichere Kommune zu wirken, heißt, die Interessen und Bedürfnisse
934 aller Bürger*innen im Ort gleichberechtigt zu berücksichtigen – egal, ob hier geboren oder zugezogen
935 oder zeitweilig gestrandet. Im kommunalen Alltag bedeutet das zuerst, Probleme rechtzeitig offen und
936 öffentlich zu diskutieren, Lösungsansätze unter Einbindung der Bürger*innenschaft zu entwickeln und
937 dadurch von Anfang an fremdenfeindlichen, nationalistischen und neonazistischen Deutungen oder
938 Bestrebungen entgegenzutreten.

939 Mit breiten Bündnissen verschiedener Akteure und Institutionen auf kommunaler Ebene wollen wir die
940 demokratische Kultur stärken.

941

942 ***Daher setzen wir uns ein für:***

- 943 • *eine klare Positionierung von Kreistagen, Stadt- oder Gemeinderäten sowie der Verwaltung*
944 *gegen Antisemitismus, Rassismus und andere Formen der gruppenbezogenen*
945 *Menschenfeindlichkeit durch öffentliche Positionierung sowie die Förderung von*
946 *zivilgesellschaftlichen Projekten*
- 947 • *die Förderung, Vernetzung und Qualifizierung von selbst organisierten Gruppen, interkulturellen*
948 *Vereinen und (Ehrenamts)Initiativen der Geflüchteten-Unterstützung*
- 949 • *die Förderung von Beratungsstellen, die im Bereich der Antidiskriminierung, des Antirassismus*
950 *und der Unterstützung von Opfern rechter Gewalt arbeiten*

951

952 **8.5. Ohne Frieden ist alles nichts**

953

954 Kommunalpolitik ist heute mehr als je zuvor mit den globalen Entwicklungen verbunden, lokale
955 Entscheidungen sind mit globalen Prozessen verflochten. Deshalb ist es für uns wichtig, in der lokalen
956 Politik Akzente für Frieden, Abrüstung, Solidarität und internationale Zusammenarbeit zwischen den
957 Kommunen zu setzen.

958 Kommunalpolitik muss zu Völkerverständigung beitragen. Wir unterstützen die Kooperation der
959 Kommunen und Regionen auf europäischer und internationaler Ebene und ermutigen zur Fortsetzung
960 von zivilgesellschaftlichem Dialog gerade in Krisenzeiten. Auch in den Kommunen treten wir für eine
961 friedenssichernde, gerechte und solidarische Weltwirtschaftsordnung und faire
962 Wirtschaftsbeziehungen ein.

963

964 ***Deshalb setzen wir uns ein für:***

- 965 • *den Beitritt unserer Kommune in den Verband „Bürgermeister für den Frieden“ (Mayors for*
- 966 *Peace)*
- 967 • *die Pflege bestehender und Aufnahme neuer internationaler Städtepartnerschaften und*
- 968 *Partnerschaften zwischen den Landkreisen*
- 969 • *die friedenspolitische Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen*
- 970 *und Kultureinrichtungen*
- 971 • *eine friedliche zivile Umnutzung bisher militärischer genutzter Liegenschaften*
- 972 • *Katastrophenhilfe statt Militär*
- 973 • *Standorte für humanitäre Hilfsstrukturen statt für Waffenproduktion*

974

975 Unsere Wahlaussagen bilden das Arbeitsprogramm der künftigen linken Kommunalpolitiker*innen im
976 neuen Stadtrat (Gemeinderat, Ortschaftsrat, Kreistag).

977 Das Arbeitsprogramm ist inhaltlich anspruchsvoll und zugleich realistisch. Es zeigt klare Perspektiven
978 für unsere Stadt/Gemeinde/den Landkreis in den nächsten fünf Jahren.

979

980 **DIE LINKE ist die Partei für den Alltag, nicht nur für den Wahltag.**

Entscheidung des Landesparteitages: